

Protokoll

der Sitzung vom **17.04.2013**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



in der Erstfassung.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Vorsitz: Florian Lessing
Stellv. Vorsitz: Torbjørn Cunis

Protokoll: Friederike Glaser

Anwesend:

Frank	Alig	Stephan	Hemmerich	Hanna	Oberdorfer
Riccardo	Altieri	Cornelius	Hermann	Lisa	Rehn
Falk	Bräcklein	Jonathan	Jurkat	Benedikt	Ries
Torbjørn	Cunis	Maximilian	Kißner	Magdalena	Rohm
Jochen	Coconcelli	Fabian	Konrad	Anna	Ruckdeschel
Anna-Kathrina	Kiehn	Florian	Lessing	Dominik	Schenk
Lars-Christopher	Färber	Julia	Lombardia Walter	Domenik	Schleier
Markus	Frank	Mirco	Lukas	Lara	Urban
Sebastian	Fuhr	Lisa	Menstell	Anna	Weitzel
Alessa	Gräß	Kathrin	Nikolaus		

Abwesend:

Alexander	Bagus	(Stimmrechtsübertragung an ???)
Jana	Engelmeier	(Stimmrechtsübertragung an Lisa Rehn)
Michael	Feller	(Stimmrechtsübertragung an Lisa Menstell)
Barbara	Grooterhorst	(Stimmrechtsübertragung an Stephan Hemmerich)
Katharina	Haß	(Stimmrechtsübertragung an Fabian Konrad)
Sebastian	Obermeier	(Stimmrechtsübertragung an Florian Lessing)
Lilli Teresa	Probst	(Stimmrechtsübertragung an Falk Bräcklein)
Benedikt	Ries	(Stimmrechtsübertragung an Anna Weitzel)
Siar	Said	
Lena	Schmidt	(Stimmrechtsübertragung an Anna Kiehn)
Manuel	Seitz	(Stimmrechtsübertragung an Jonathan Jurkat)
Maren	Vogt	(Stimmrechtsübertragung an Dominik Schenk)

Datum: 15.01.2013 Beginn: 20:00 Uhr Ende: 0:05 Uhr

Ort:

Festsaal des Studentenwerkes,
Am Studentenhaus 1
97072 Würzburg

Tagesordnung

1. Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin
2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents
6. Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten
7. Anträge
 - a. Rücktritt SSR (Sebastian Schlegel)
 - b. Ampelschaltung (UHG/Piraten)
 - c. Fahrradmitnahme (GHG)
 - d. Internationalisierung (SSR)
 - e. Referat Deutsch-Polnische-Freundschaft (SSR)
 - f. Sexismus (SSR)
 - g. Bauliche/räumliche Gliederung der Uni Würzburg (RCDS)
 - h. SSR-Paten für Hochschulgruppen (RCDS)
 - i. Medienpulte Z6 (RCDS)
 - j. Laizismus (GHG)
8. Nachwahl des SSR
9. Sonstiges

1. Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Per Losentscheid wird Friederike Glaser (LHG) zur Protokollantin bestimmt.

2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Florian Lessing stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung mit 39 Stimmberechtigten fest.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen

Das Protokoll konstituierende Sitzung wird in vorliegender Form angenommen.

Das Protokoll vom 17.10.2012 wird ebenso angenommen.

Zum Protokoll vom 04.12.2012 bemerkt Dominik Schenk, dass er falsch zitiert worden sei. So sei die Feststellung über die Plattform WueCampus 2 getrennt von den Schließsystemen zu betrachten. Herrn Süpke habe erklärt, dass das Schließsystem sicher sei. Ansonsten wird das Protokoll in der vorliegenden Form angenommen.

Im Protokoll vom 15.01.2013 wird der Satz von Hanna Oberdorfer über elektronische Rückmeldungen gestrichen. Ansonsten wird das Protokoll angenommen.

4. Genehmigung der Tagesordnung

Die Nachwahl eines Mitglieds des SSR auf Grund des Ausscheidens von Sebastian Schlegel soll mit auf die Tagesordnung genommen werden.

Dominik Schenk schlägt vor, diese alternativ nach der Ersti-Messe am 22.04. zu verlegen.

Fabian Konrad stimmt diesem Vorschlag zu, da es so eine Bedenkzeit über die ggf. unbekanntes Kandidaten gibt, außerdem können sich so vielleicht noch weitere Kandidaten vorstellen.

Anna Weitzel gibt zu bedenken, dass dann u. U. nicht genug Mitglieder des Konvents anwesend seien.

Stephan Hemmerich weist darauf hin, dass sich auch bei der ersten Wahl des SSR in der konstituierenden Sitzung die Kandidaten neu vorstellen.

Kathrin Nikolaus plädiert für eine heutige Wahl.

Dominik Schenk möchte heute schon eine Vorstellungsrunde.

Riccardo Altieri stimmt dem zu, dann habe man alle Informationen über die Kandidaten.

Fabian Konrad redet gegen, dass unter Umständen auch dritte an Kandidatur interessierte seien und mit heutiger Wahl gehindert werden könnten.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Anna Weitzel möchte die Wahl zwar als TOP auf die Tagesordnung setzen, aber dann nach der Vorstellung der Kandidaten eine Entscheidung darüber treffen, ob man heute wählt.

Fabian Konrad möchte festlegen, dass die Wahl am Montag stattfindet, um dabei die Transparenz zu wahren.

Es kommt zur Abstimmung über einen GO-Antrag, ob man den TOP „Nachwahl eines studentischen Mitglieds in den SSR“ hinzufügen soll.

23 dafür, 8 dagegen, 8 Enthaltungen

Der Antrag wird angenommen und als TOP 8 auf die Tagesordnung gesetzt.

Lisa Menstell plädiert dafür, TOP 7 a) (Laizismus-Antrag) ans Ende zu setzen, da sie noch eine Gastrednerin für diesen Antrag erwartet. Dies wird einstimmig angenommen.

5. Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

Hanna Oberdorfer berichtet, dass das Treffen letzte Woche stattgefunden habe. Der AK Lehramt wurde nachgewählt.

Außerdem habe die Forschungskommission im Februar getagt und den Röntgenpreis verliehen sowie Reisestipendien vergeben.

6. Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten

Eduard Göbl berichtet über die zwei Klausurtagungen des SSR, bei dem sich zur Aufgabe gestellt wurde, welche Themen intensiver bearbeitet werden sollen.

Als Ziele wurden einerseits die Durchführung einer Aktionswoche vom 13.5. bis 17.5. zur Verfassten Studierendenschaft und außerdem eine bundes- und landesweite Aktion zur geplanten Bafög-Neuerung formuliert.

Des Weiteren soll die Hochschulwahl und ihre Bewerbung intensiv gefördert werden.

Auf dem ReferentInnenvernetzungstreffen am Montag (15.4) wurde überlegt, ein „Referate-Speed-Dating“ anzubieten, um über die Referate und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

Kristina Kindl möchte das Referat Kultur im Sommersemester aufleben lassen.

Außerdem soll das „students house“ besser genutzt werden, zum Beispiel als Platz für die Landesastenkonzferenz.

Riccardo Altieri spricht an, dass sich die Finanzierung der Fachschaften und der Studierendenvertretung u. U. verschlechtern wird, da im nächsten Jahr alles nicht ausgegebene Geld einbehalten wird und nicht zurückbezahlt bzw. nur zum Teil ausgezahlt werden soll. Offizielle Einnahmen würden nicht zurückbehalten, nur die Etats.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Markus Frank fragt nach, wie die Gelder verteilt werden, wenn eine Fachschaft viel Geld anhäufen kann.

Riccardo Altieri antwortet, dass eine Fachschaft, die viel Geld einnimmt, anderen Fachschaften helfen soll, die nicht so viel Geld haben.

Daniel Schneider berichtet, dass „Campuslichter“ für den 27.6.2013 in Planung ist.

Anja Zürn berichtet von der Landesastenkonzferenz. Dort sei ein Antrag zur Inklusion an Hochschulen angenommen worden.

Die Studiengebühren werden vermutlich durch Landtag abgeschafft.

Das Sprachrohr zum Thema „Gender“ sei gut angenommen worden.

Dominik Schenk berichtet über das Referat Datenschutz. Der Antrag zur Videoüberwachung in den Fakultäten habe bisher nur wenig Rücklauf gehabt, es seien nur aus der Biologie und Chemie Rückmeldungen gekommen. Er appelliert, ihm Informationen zukommen zu lassen.

Florian Lessing berichtet über das Referat Ökologie: Am 15.5.2013 wird es eine Veranstaltung zum Thema Schokolade geben. Zudem sei das Referat von der Unesco als offizielles Projekt der UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet worden.

Riccardo Altieri berichtet über das Referat für die Gedenkstättenfahrt. Die Partnerschaft zwischen der Uni Krakau und der Uni Würzburg sei bestätigt. Die Fahrt soll nun öfter angeboten werden, u.U. alle zwei Jahre. Am Freitag wird es ein Nachbesprechungstreffen, an dem 38 Studierende teilnehmen, geben, welches auch wichtig für Förderung der deutsch-polnischen Gesellschaft sei.

Auch sei der Rahmen von 200 Euro für gesamte Fahrt eingehalten worden. Daher soll ein zusätzliches Referat eingerichtet werden.

Stephan Hemmerich ergänzt, dass das Referat schon kommissarisch eingerichtet sei, es sei zudem eine Veranstaltung mit kulturellem Austausch geplant. Da es eine große Beteiligung gegeben hätte, seien Kontakte Politologie und Germanistik im Aufbau.

7. Anträge

a) Rücktritt Sebastian Schlegel

Antragsteller: Sebastian Schlegel

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

Sebastian Schlegel tritt aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat zurück.

Begründung:

Persönliche Gründe

Riccardo Altieri stellt den Antrag vor und ergänzt die persönlichen Gründe, studiumsbedingt und arbeitsbedingt.

Stephan Hemmerich wünscht eine Verabschiedung und Danksagung von Sebastian. Zudem bittet er um einen Rechenschaftsbericht über dessen Tätigkeit.

Der Antrag wird mit zwei Enthaltungen angenommen.

b) Ampelschaltung (UHG & Piraten)

Antragstext:

„Der Studentische Konvent möge beschließen:

Der Studentische Konvent möge den Sprecherinnen- und Sprecherrat beauftragen, sich für eine angemessene Schaltung der Ampel am Hubland am Übergang zum Campus Nord einzusetzen.“

Begründung:

Die Schaltung der Ampel ist noch immer die gleiche wie zu Zeiten als die Amerikaner noch in Würzburg waren. Die Situation damals war, dass aus der Seitenstraße nur selten Autos kommen und der Fußgängerüberweg über die stark befahrene Hauptstraße nur selten genutzt wird. Dementsprechend schaltet die Ampel der Seitenstraße nur auf grün, wenn ein Auto kommt und die Fußgängerampel über die Hauptstraße wird nur grün, wenn der Knopf gedrückt wird. Die Grünphase lässt sehr lange auf sich warten und ist dann nur sehr kurz.

Seit die Universität den neuen Campus nutzt hat sich die Situation deutlich geändert. Es fahren zahlreiche Busse und Autos durch die Einfahrt und es passieren nicht mehr nur die Fußgänger die Straße, die zur Bushaltestelle wollen sondern täglich hunderte, die auf den neuen Campus wollen. Die lange Wartezeit für Fußgänger und die kurze Grünphase sind nicht mehr angemessen. Weiter ist es so, dass wenn die Autos der Seitenstraße grün bekommen, der Verkehr auf der Hauptstraße also halten muss, die Fußgängerampel trotzdem nicht auf grün geschaltet wird und die Fußgänger dann einen gesamten Ampelzyklus mit der langen Wartezeit abwarten müssen.

Des Weiteren kam es im Wintersemester sogar mehrmals vor, dass die Fußgängerampel trotz Knopfdrucks überhaupt nicht mehr grün wurde. Angemessen wäre es, wenn die Fußgängerampel bei Knopfdruck schnell grün wird, länger grün bleibt und außerdem auch immer grün wird, wenn die Autos der Seitenstraße grün bekommen.

Frank Alig stellt den Antrag vor.

Kathrin Nikolaus weist auf eine Sonderbegehung mit Herrn Forchel und Herrn Wilhelm hin, bei welcher dieses Thema schon angesprochen wurde und eine Verkehrssimulation stattgefunden hat. Diese ergab, dass, wenn die Ampelschaltung anders wäre, es dann auch zu Staus bis nach Gerbrunn käme.

Jonathan Jurkat gibt zu bedenken, dass dies nicht so schnell geht und zudem auch teuer ist: es müssten mehrere Ampeln umprogrammiert werden, außerdem möge man bedenken, dass eine Fußgängerbrücken gebaut wird.

Riccardo Altieri bemerkt, dass am 7.5. der Stadt-Hochschul-Koordinations-Ausschuss tagen wird.

Stephan Hemmerich macht den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen, da der Fußgängerüberweg geplant sei und somit eine Lösung in Sicht sei.

Frank Alig redet gegen.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Die LHG stellt einen Änderungsantrag:

Ergänze nach „beauftragen, sich“:

„gegenüber der Stadt Würzburg im Rahmen des Stadt-Hochschul-Koordinationsausschusses“.

Die Antragsteller übernehmen den Änderungsantrag.

Markus Frank fragt nach, ob die Brücke barrierefrei sei.

Riccardo Altieri bejaht dies.

Es kommt zur Abstimmung.

8 dafür, 21 dagegen, 10 Enthaltungen

Der Antrag wird abgelehnt.

c) Fahrradmitnahme (GHG)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Der Studentische Konvent lehnt die Einführung von Zusatzzahlungen bei Fahrradmitnahme im Verkehrsverbund Mainfranken ab. Die seit dem 01.04.2013 gültige Regelung, die FahrradfahrerInnen zusätzlich zum Semesterticket zum Kauf eines Kindertickets verpflichtet, ist unverzüglich rückgängig zu machen.

Begründung:

Die Verpflichtung zum Kauf eines Kindertickets zusätzlich zum Semesterticket stellt eine Neuerung dar, die in den Verhandlungen zwischen VVM und StuW niemals angesprochen wurde und daher nicht Teil des Vertrags zwischen dem Studentenwerk Würzburg und dem VVM sein darf.

Dominik Schenk stellt den Antrag vor.

Riccardo Altieri ergänzt, dass, wenn Leistungen von Seiten des VVM zurückgenommen werden, dann auch die Preise sinken, ansonsten nicht. Die Fahrradmitnahme sei bisher nur toleriert gewesen, aber kein Bestandteil des Vertrags mit dem VVM.

Anna Weitzel merkt an, dass, sollte der Bus zu voll sein, die betroffenen RadfahrerInnen aussteigen würden.

Riccardo Altieri berichtet von einer Beschwerde, dass eine Frau mit Kinderwagen nicht in Bus gekommen sei auf Grund von Fahrradfahrern.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

d) Internationalisierung (SSR)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Die Sprecherinnen und Sprecher und die Mitglieder der Studierendenvertretung setzten sich gegenüber dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, der Hochschulleitung sowie weiteren politischen Akteurinnen und Akteuren dafür ein, dass im Sinne der Internationalisierung des Studiums der Ausbau an Sprachkursen erfolgt. Weiterhin müssen wesentlich mehr Module auf Englisch unterrichtet werden sowie vermehrt englischsprachige Studiengänge eingeführt werden. Zusätzlich müssen mehr Mittel für die akademischen Austauschprogramme zur Verfügung gestellt werden. Der Studentische Konvent fordert mit Nachdruck das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und Hochschulleitungen auf, die Lissabon-Konvention endlich flächendeckend umzusetzen. Des Weiteren sieht es der Studentische Konvent als notwendig an, dass den Gaststudierenden eine bessere Infrastruktur (Wohnungen, Sprachkurse, soziale Betreuung) an bayerischen Hochschulen geboten wird.

Anja Zürn stellt den Antrag vor.

Es gibt keine Gegenrede, der Antrag wird angenommen.

e) Deutsch-polnische Freundschaft (SSR)

Antragstext:

Im Zuge der Gedenkstättenfahrt nach Polen im Februar 2013 und für einen besseren Austausch mit den Studierendenvertretungen an polnischen Hochschulen wird gemäß §8 (4) der Geschäftsordnung des studentischen Konvents das Referat Deutsch-Polnische-Freundschaft beantragt.

Riccardo stellt den Antrag vor.

Der Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

f) Sexismus (SSR)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Sexismus, definiert als das Resultat aus sexueller Diskriminierung und Machtausübung, muss auch an den Hochschulen konsequent angegangen werden.

Hierzu muss der alltägliche Sexismus an den Hochschulen aufgedeckt, sichtbar und anklagbar gemacht werden. Die patriarchalen Strukturen innerhalb der Hochschulen, die gerade in Bayern "top down" gesteuert werden, dürfen Sexismen nicht weiterhin strukturell begünstigen oder gar legitimieren.

Gerade innerhalb von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Studierenden und Dozierenden können Situationen entstehen, welche sexistische Kommentare und Übergriffe begünstigen.

Um diesen einerseits vorzubeugen und andererseits nachhaltig zu bekämpfen, müssen die Gleichstellungsstellen bzw. Frauenbüros gestärkt werden, gerade die finanzielle Ausstattung der entsprechenden Anlaufstellen muss den Anforderungen angepasst werden. Darüberhinaus sollen Programme forciert werden, welche darüber aufklären, was Sexismus ist, wie sich Menschen dagegen verwehren können, aber vor allem, dass dies kein sogenanntes "Kavaliersdelikt" ist und nicht die Opfer, sondern die Täter in der Rolle der schuldigen Person stehen!

Die Schuldfrage muss daher endlich bei den TäterInnen, nicht bei den Opfern gesucht werden, denn „victimblaming“ stellt in dieser Angelegenheit ein sehr ernstzunehmendes und verbreitetes Reaktionsschema dar.

Daher fordert die Studierendenvertretung der Universität Würzburg das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst dazu auf, die Anlaufstellen entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten und diese außerhalb der Möglichkeiten der struktureigenen Machtausübung anzusiedeln, um so eine unabhängige Arbeit zu ermöglichen.

Anja Zürn stellt den Antrag vor.

Dabei merkt sie an, dass die Formulierung „[...] sondern die Täter in der Rolle der schuldigen Person stehen! [...]“ in „[...]sondern die Täter und Täterinnen in der Rolle der schuldigen Person stehen!“ geändert wird.

Dominik Schleier fragt nach, warum es mehr Mittel für Frauenbüros gebe und warum nicht mehr Geld für Kitas investiert wird. Die Seminare gegen den Sexismus seien nicht genug ausgebucht.

Anja Zürn antwortet, dass das Geld für das Gleichstellungsbüro genutzt werde. Zudem habe es bisher keine Seminare gegen Sexismus gegeben, sondern es sollten sich entsprechende Beratungsstellen fortbilden, was durch die Förderung möglich sei.

Lisa Menstell fragt nach, wie viele Fälle es gegeben habe.

Frank Alig stellt einen Änderungsantrag:

Streiche den Satz „Die patriarchalen Strukturen innerhalb der Hochschulen, die gerade in Bayern "top down" gesteuert werden, dürfen Sexismen nicht weiterhin strukturell begünstigen oder gar legitimieren.“.

Stephan Hemmerich stellt einen Änderungsantrag:

Ersetze im Abschnitt: [...] „Die patriarchalen Strukturen innerhalb der Hochschulen, die gerade in Bayern "top down" gesteuert werden, dürfen Sexismen nicht weiterhin strukturell begünstigen oder gar legitimieren.“ „patriarchalisch“ gegen „hierarchisch“ und streiche „die gerade in Bayern "top down" gesteuert werden“.

Eduard Göbl betont, dass die Universität Würzburg deutlich schlechter als andere Universitäten in der Gleichstellung bzgl. Professorinnen stehen würde.

Jochen Coconcelli stellt einen Änderungsantrag:

Ersetze im Abschnitt: [...] „Die patriarchalen Strukturen innerhalb der Hochschulen, die gerade in Bayern "top down" gesteuert werden, dürfen Sexismen nicht weiterhin strukturell begünstigen oder gar legitimieren.“ „patriarchalisch“ gegen „hierarchisch“.

Es kommt zur Abstimmung der Änderungsanträge.

Die Mehrheit ist gegen den Änderungsantrag von Frank Alig.

Der Änderungsantrag von Stephan Hemmerich wird mit 12 Ja-, 16 Neinstimmen und 11 Enthaltungen abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Jochen Concocelli wird mit 18 Ja-, 13 Neinstimmen, 5 Enthaltungen und 3 ungültigen Stimmen angenommen.

Stephan Hemmerich merkt an, dass Begründungen nicht mehr in den Antragstext selbst aufgenommen werden sollen.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Kathrin Nikolaus stellt einen GO-Antrag auf 5 minütige Unterbrechung der Sitzung.

Pause von 21:50 Uhr bis 22:02 Uhr

Initiativanträge Stephan Hemmerich (RCDS)

Es liegen fünf Unterstützerunterschriften vor.

Es wird abgestimmt, ob die Initiativanträge zugelassen werden.

Die Anträge werden zugelassen.

g) Bauliche Gliederung der Universität Würzburg

Antrag:

Der Studentische Konvent möge beschließen, dass sich der Sprecherinnen- und Sprecherrat gegenüber der Hochschulleitung für ein weitblickendes Gebäudenutzungskonzept für die Universität Würzburg einsetzt, das eine stärkere Nutzung des Campus Hubland Nord vorsieht und hierfür dezentrale Gebäude in der Innenstadt zur Disposition stellt.

Begründung: Die Universität Würzburg nutzt zahlreiche dezentrale Liegenschaften in der Innenstadt, die aufgrund der hohen Quadratmeterpreise in Würzburg einen enormen Wert darstellen. Bei Verkauf könnten zahlreiche Gebäude auf dem Hubland Campus Nord nutzbar gemacht werden. Das hätte für die Studierenden den positiven Effekt, dass das Hin- und Herfahren zwischen den einzelnen Fillialgebäuden in der Innenstadt und den Fakultätszentren (sofern am Hubland gelegen) eingedämmt werden könnte.

Als Beispiel sei die Musikwissenschaft und –pädagogik genannt, deren Gebäude in der Domerschulstraße 13 [Anm.: gegenüber der Juristischen Fakultät] zur Schaffung von (studentischem) Wohnraum geeignet wäre. Durch einen Verkauf könnte das gesamte Institut auf den Hubland Campus Nord verlegt werden. Dadurch entstünden durch eine nähere Anbindung an die Philosophische Fakultät I, zu der die Musikwissenschaft und –pädagogik gehören, kürzere Wege für die betroffenen Studierenden und die Fakultätsverwaltung.

Stephan Hemmerich stellt den Antrag vor.

Florian Lessing wendet ein, dass dieser Fall auch bei Sitzung des Hochschulrats besprochen worden sei. Alle Gebäude würden über das staatliche Bauamt verwaltet, die Gebäude gehörten nicht der Uni. So seien beispielsweise die Gebäude für die Uni z.B. Arndtstraße sind zu vermietende Wohnungen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

h) SSR-Paten für Hochschulgruppen

Antrag:

Der Studentische Konvent möge beschließen, dass der Sprecherinnen- und Sprecherrat Paten für die politischen Hochschulgruppen ausweist.

Begründung:

Jeder SSR benennt Paten für die Fachschaftsvertretungen, um einen möglichst intensiven Informationsaustausch zu gewährleisten. Auch für die Arbeit der politischen Hochschulgruppen wäre es von Vorteil, wenn sie einen festen Ansprechpartner hätten, um kontinuierlich über die Arbeit des SSR informiert zu sein. Gerade in der laufenden Amtsperiode des SSR wäre dies zielführend, da weder GHG noch LHG, Piraten oder der RCDS im SSR repräsentiert sind. Durch einen festen Ansprechpartner ließe sich schnellstmöglich eine Basis für einen gut funktionierenden Informationsaustausch aufbauen, wodurch eine gute Zusammenarbeit auf- bzw. ausgebaut werden könnte.

Stephan Hemmerich stellt den Antrag vor.

Eduard Göbl wendet ein, dass es im letzten Semester keine Anfragen von Seiten der Hochschulgruppen gegeben habe. Zudem sei der Begriff „Hochschulgruppe“ nicht definiert, also müsste es auch bei Neugründungen PatInnen geben, so dass dies ins Unendliche ausufern könnte.

Stephan Hemmerich konkretisiert, dass es die Hochschulgruppen seien sollen, die auch auf der Liste zur Wahl stünden und im Konvent vertreten seien.

Falk Bräcklein wendet ein, dass dies auf freiwilliger Basis besser wäre.

Anja Zürn fragt nach, was die Hochschulgruppen davon halten.

Markus Frank findet dies für Fachschaften sinnvoll, da aber der SSR überlastet sei, solle man ihm keine zusätzlichen Aufgaben geben.

Dominik Schenk stimmt Markus Frank zu. Er hat nicht das Gefühl, dass ihm Informationen vorenthalten werden.

Riccardo Altieri merkt an, dass im letzten Jahr die Hochschulgruppen den Fachschaftenrat besuchten und umgekehrt. Man solle die Kommunikation stärken, aber nicht den SSR überbelasten.

Stephan Hemmerich betont, dass er einen festen Ansprechpartner haben will.

Kathrin Nikolaus fügt hinzu, dass der Konvent die Grundlage für den Austausch zwischen Hochschulgruppen, Fachschaften und SSR bildet. Jede Hochschulgruppe könne auch den SSR einladen.

Frank Alig würde befürworten, wenn es auch ohne Antrag zu Kommunikation kommen würde.

Es liegt ein Änderungsantrag von Eduard Göbel und Anja Zürn vor:

Ersetze „SSR-Paten“ zu „SSR-PatInnen“.

Es kommt zur Abstimmung über den Antrag.

6 dafür, 24 dagegen, 9 Enthaltungen

Der Antrag wird abgelehnt.

i) Z6-Medienpulte

Antrag:

Der Studentische Konvent möge beschließen, dass sich der Sprecherinnen- und Sprecherrat dafür einsetzt, dass die Hörsäle und Seminarräume im Zentralen Hörsaal- und Seminargebäude (Z6) mit Medienpulten wie im Phiolosophiegebäude ausgestattet werden.

Begründung:

Die Nutzung neuer Medien ist Dozierenden im Z6 nur möglich, wenn sie ihren eigenen Laptop mitbringen. Aus Bequemlichkeit verzichten daher viele auf zeitgemäße Präsentationstechniken, auch wenn deren Einsatz sinnvoll wäre. Um diesen Umstand zu ändern, bedarf es einer Ausstattung mit fest installierten Medienpulten.

Stephan Hemmerich stellt den Antrag vor.

Markus Frank fragt nach, warum er sich nicht direkt an das Rechenzentrum wendet.

Stephan Hemmerich antwortet, dass keine Zuständigkeit vorliege.

Kathrin Nikolaus gibt zu bedenken, dass Dozierende keine Lust darauf haben, die digitalen Lehrmedien zu nutzen. Von daher sei es verschwendetes Geld.

Eduard Göbl schlägt vor, mit dem Rechenzentrum zu reden und einen Kostenvoranschlag einzuholen. Dann könne man mit den betroffenen Fakultäten sprechen.

Frank Alig wendet ein, dass in der zuständigen Kommission nicht über Medienpulte gesprochen wurde.

Riccardo Altieri bemerkt, dass Anträge aus Studienbeiträgen nicht von Studierenden gestellt werden dürften, sondern nur von Fakultäten. Die Dozierenden sollen die Geräte von den Fakultäten mitnehmen und nicht Privatgeräte nehmen.

Jonathan Jurkat bemerkt, dass es in seiner Fakultät normal sei, dass ein Laptop genutzt und mitgebracht wird.

Kristina Kindl verlässt die Sitzung um 22:41 Uhr.

Stephan Hemmerich wendet ein, dass es ein Problem aller Fakultäten sei.

Kathrin Nikolaus fragt nach, was in Z6 fehlt.

Stephan Hemmerich antwortet, dass „Input-Geräte“ fehlen.

Torbjörn Cunis wendet ein, dass es auch weitere Probleme mit Software, USB etc. geben kann.

Maximilian Kißner bemerkt, dass die Dozenten ihre Rechner selber mitbringen sollen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

j) Laizismus

Antrag:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Der Studentische Konvent spricht sich für eine laizistische Hochschullandschaft in Bayern aus und lehnt die institutionelle Verflechtung von religiösen Gemeinschaften mit den bayerischen Hochschulen ab. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird daher beauftragt, sich im Rahmen der Landes-ASTen-Konferenz für eine landesweite Kampagne zur Abschaffung der die bayerischen Hochschulen betreffenden Bestimmungen der religionspolitisch relevanten Verträge und die daraus resultierenden gesetzlichen Bestimmungen einzusetzen:

1. Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Bayern [Bayerisches Konkordat] vom 29. März 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 26. Juli 1988 (GVBl. S. 241), hier i.B. Art. 3,
2. der Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins vom 15. November 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 20. November 1984 (GVBl. 1985 S. 292) mit Zusatzprotokoll vom 4. August 2007 (GVBl 2007 S. 556) sowie
3. der Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern vom 14. August 1997 (GVBl. 1998, S. 30), zuletzt geändert mit der Bekanntmachung vom 30.12.2008 (GVBl. 2009, S. 2).

Begründung:

Die Zusammenarbeit zwischen den drei großen Religionsgemeinschaften in Bayern (katholische Kirche, evangelische Kirche und jüdische Gemeinschaft) und dem Freistaat Bayern beruht auf Verträgen, deren Ursprung teils in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts liegen und teilweise noch ältere Bestimmungen weiterführen.

1 Diese Konkordate bilden somit ein Gesellschaftsbild ab, das keinesfalls mehr aktuell ist und stellen ein anachronistische Privilegien ausgewählter Glaubensgemeinschaften dar, welches gegen im Grundgesetz garantierte Rechte, wie Art. 3 Abs. 3 GG (Grundrecht der Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehung religiöser Anschauung), verstößt. Dabei sinkt die Zahl der Gläubigen in Bayern seit Jahrzehnten immer weiter ab. So zählten sich im Jahr 2003 nur noch 58,5% der Bayerinnen und Bayern zur katholischen und 21,9% zur evangelischen Kirche zugehörig.

2 Zum Vergleich: Noch 1987 lag der Anteil der KatholikInnen in Bayern bei 67,2%, der der ProtestantInnen bei 23,9%.³ Besonders im Jahr 2010 musste die katholische Kirche im Zuge des Missbrauchsskandals über 60.000 Kircheng Austritte feststellen, wodurch der Anteil an katholischen Gläubigen im Jahr 2010 auf 54,5% sank.⁴

1 z.B. Art. 10 §1 des Konkordats zwischen dem Freistaat Bayern und der katholischen Kirche, der den Besitzstand der Kirche von 1817 wahrt. Vgl.: http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/inst/IEVR/Arbeitsmaterialien/Staatskirchenrecht/Deutschland/Religionsnormen/Dritter_Teil_A.pdf (zuletzt abgerufen am 10.02.2013 um 21:26 Uhr) ab S. 623.

2 fowid (Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland), 2005. Abrufbar unter http://fowid.de/fileadmin/datenarchiv/Religionszugehoerigkeit_Bundeslaender,%201950-2003.pdf (zuletzt: 10.02.2013, 21:05 Uhr).

3 Ebd. Die Zahlen basieren auf der Volkszählung von 1987.

4 Vgl.: <http://www.kirchenaustritt.de/bayern/#statistik> (zuletzt: 10.02.2012, 21:09 Uhr).

5 Die kirchenrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 140) erkennen die Bestimmungen der Weimarer Verfassung vom 01.08.1919 unverändert an.

6 Reichsdeputationshauptschluss <http://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/ereignisse-und-fakten/1803-reichsdeputationshauptschluss.html> (zuletzt: 12.02.2013, 15:19 Uhr).

7 Vgl. Art. 3 Abs. 5 Bayerisches Konkordat: „Der Staat unterhält an den Universitäten Augsburg, München (Ludwig-Maximilians-Universität), Passau, Regensburg und Würzburg sowie an der Gesamthochschule Bamberg in einem für das erziehungswissenschaftliche Studium zuständigen Fachbereich je einen Lehrstuhl für Philosophie, für Gesellschaftswissenschaften und für Pädagogik, gegen deren Inhaber hinsichtlich ihres katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist.“

8 Ebd.

9 <http://www.bistum-regensburg.de/default.asp?op=show&id=5469> (zuletzt: 12.02.2013, 15:18 Uhr).

Die Statistiken zeigen, dass die Kirchen in Bayern immer weniger Rückhalt in der Bevölkerung finden. Daher stellt sich die prinzipielle Frage, warum eine 90 Jahre alte Gesellschaftsordnung weiterhin praktiziert werden soll. Die aktuelle Gesetzeslage bevorzugt einzelne Religionsgemeinschaften nicht nur durch die – vom Grundgesetz garantierte⁵ – innere Autonomie der Kirchen, sondern auch durch finanzielle Unterstützungen, die in den Konkordaten geregelt sind. Neben der Kirchensteuer zahlen die BayerInnen über ihre Steuergelder außerdem Gehälter für Kirchenfunktionäre durch Staatsdotationen in Millionenhöhe, welche noch auf den Reichsdeputationshauptschluss aus dem Jahre 1803 zurück geht⁶, sowie die Ausbildung geistlicher Funktionäre an den bayerischen Hochschulen. Daneben gibt es als Besonderheit im Konkordat mit der katholischen Kirche in Bayern zahlreiche nicht-theologische Lehrstühle, bei deren Berufung der regionale Bischof ein sog. Erinnerungsrecht besitzt.⁷ Somit hat ein Bischof die Möglichkeit die Berufung eines/r Professors/in zu verhindern, wenn „hinsichtlich [seines/] ihres katholisch-kirchlichen Standpunktes“⁸ Bedenken bestehen. Zwar haben die bayerischen Bischöfe am 31.1.2013 beschlossen, auf dieses Recht zu verzichten⁹, doch hängt dies allein vom guten Willen der Geistlichkeit ab, die theoretisch auf ihr vertraglich zugesichertes Recht beharren können, eine rechtliche Verbindlichkeit auf den Verzicht ist nicht gegeben.

Dominik Schenk stellt den Antrag vor.

Lisa Menstell bemerkt, dass zur Besetzung der Konkordatslehrstühle die GHG den Dialog mit der Bischofskonferenz suchen solle.

Dominik Schenk merkt an, dass es ein Erinnerungsrecht gebe. Der Verzicht der Bischöfe sei zwar bekannt, aber trotzdem solle er schriftlich festgehalten werden, da nicht sicher sei, ob es auch bei der nächsten Bischofskonferenz genauso daran festgehalten wird.

Riccardo Altieri merkt an, dass der Konvent kein politisches Mandat habe, da es keine Verfasste Studierendenschaft gebe. Deshalb könne man sich nicht dazu äußern.

Markus Frank betont, dass die Anträge vom Konvent nicht immer die Politik der einzelnen Hochschulgruppe bedeuten widerspiegeln würden.

Lisa Menstell bemerkt, dass im Antrag eine Kampagne zur Abschaffung gefordert werde, aber nur die katholische Theologie könne dazu hier an Ort und Stelle Stellung beziehen.

Anja Zürn wendet ein, dass es keine Fachschaft der evangelischen Theologie gibt.

Kathrin Nikolaus merkt an, dass keine anderen Religionsgemeinschaften anwesend seien, weil andere verdrängt wären und deshalb nicht an Unis auftreten würden.

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Maximilian Kißner fragt nach, was sich nach Abschaffung der Verträge ändern würde.

Jonathan Jurkat betont, dass die genannten Glaubensrichtungen mit unserer Kultur verknüpft sind und dies auch im Grundgesetz stünde.

Lisa Menstell merkt an, dass die Lehrstühle finanziell durch das Konkordat erhalten werden würden, d.h. es würden Lehrstühle wegfallen, die nicht nur die katholische Theologie betreffen. Konfessioneller Unterricht könne nur an einer konfessionellen Hochschule ausgebildet werden

Anna Weitzel macht den Vorschlag, kleiner anzufangen und nicht sofort alle Gesetze ändern zu wollen.

Dominik Schenk betont, dass die Bischöfe Einfluss auf Besetzung nehmen. Es sei ein langer Prozess, um das zu ändern, aber der Antrag solle als Anlass, um grundsätzlich über Staat und Kirche zu diskutieren, gesehen werden. Es ginge nicht um die Ausbildung der TheologInnen, sondern um die Frage, inwiefern der Staat die Finanzierung aufrechterhalten muss für Aufgaben, die jenseits der Seelsorge liegen.

Sebastian Fuhr verlässt die Sitzung um 23:15

Anja Zürn begrüßt den Antrag, früher habe die Soziologie einen Konkordatslehrstuhl gehabt, dann wurde in der Politikwissenschaft ein Konkordatslehrstuhl geschaffen, da es in Soziologie einen evangelischen Bewerber gegeben hätte.

Fabian Konrad merkt an, dass es nur um hochschulpolitische Bestimmungen ginge. Es würden viel mehr Mittel in die Theologie fließen als in andere Fakultäten.

23:21 Uhr Lars-Christopher Färber verlässt Sitzung und überträgt sein Stimmrecht auf Anna Ruckduschel

Jonathan Jurkat bemerkt, dass sich der Antrag auch auf die evangelische Theologie und das Judentum bezieht, nicht nur auf die katholische Theologie.

Lisa Menstell merkt an, dass der Bischof niemanden aufgrund religiöser Anschauung diskriminieren dürfe, aber es ginge um weitreichendere Folgen. Die Mittel seien entsprechend der Studierendenzahl bestimmt, auch die Kirchensteuer würde etwas dazu beitragen.

Daniel Schneider schlägt vor, den zweiten Teil zu vertagen.

Anna Weitzel bemerkt, dass die Diskussion zur sehr auf Halbwissen fuße. Sie schlägt vor, beim nächsten Konvent Experten einzuladen und den Antrag zu vertagen oder eine Teilung des Antrags vorzunehmen und erst einmal nur über die Konkordatslehrstühle abzustimmen.

Kathrin Nikolaus findet es schwierig den Antrag zu vertagen, weil sich eigentlich jeder schon eine Meinung gebildet haben sollte. Es habe auch schon Anträge über wirtschaftliche Einflußnahme von Unternehmen gegeben, welche auch vom Konvent abgelehnt worden seien, warum solle es nicht auch bei diesem Antrag mit dem gegebenen Wissen möglich sein, abzustimmen?

Katharina Leniger (Gastrednerin) rät zur Nichtbehandlung des Antrags, weil es nicht nur um das Konkordatsrecht ginge.

Daniel Schneider betont, dass es eine Verschriftlichung der Bischöfe schon gebe, allerdings gelte diese für den nächsten Bischofsrat nicht.

Dominik Schenk bemerkt, dass der Antrag die Frage stellt, ob aktuelle Situation so bleiben soll; andere Religionsgemeinschaften oder auch AtheistInnen hätten momentan keine Lobby.

Riccardo Altieri merkt an, dass, wenn der Vatikan nicht zustimmt, es keine Änderung gebe.

Maximilian Kißner gibt zu bedenken, dass es ein schwieriges Thema sei und er auch nicht wüsste, wie seine Wähler entscheiden würden.

Riccardo Altieri erwidert, es gebe 40% AtheistInnen in Deutschland, von daher würden auch unter seinen Wählern AtheistInnen sein.

Anna-Katharina Kiehn merkt an, dass der Konvent sich nicht für allgemein politische Themen einsetzen dürfe und fragt nach dem Grund der Diskussion.

Stephan Hemmerich erklärt, der Antrag habe keine fundierte Entscheidungsgrundlage, die GHG solle beim nächsten Konvent konkrete Textpassagen mitbringen und so bessere Diskussionsgrundlage schaffen,

Kathrin Nikolaus redet gegen.

Anna Weitzel stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des TOP.

Fabian Konrad redet gegen.

Es kommt zur Abstimmung des GO-Antrags.

18 dafür 16 dagegen 2 Enthaltungen

Der Antrag wird vertagt.

00:15 Uhr Lara Urban verlässt die Sitzung und überträgt Stimmrecht auf Kathrin Nikolaus.

8. Nachwahl des SSR mit Vorstellung

Anja Zürn schlägt Esther Schießer vor.

Fabian Konrad schlägt Falk Bäcklein vor.

Die KandidatInnen stellen sich vor.

Eine Befragung der Personen wird gewünscht, ausreichend unterstützt und erfolgt.

Eine Personaldebatte wird gewünscht und erfolgt.

Im Anschluss wird der erste Wahlgang eröffnet.

Das Ergebnis der geheimen Wahl lautet:

Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013

Stimmberechtigte: 38 Stimmen

1. Wahlgang:

Esther Schließer: 18 Stimmen

Falk Bräcklein: 16 Stimmen

4 Enthaltungen

2. Wahlgang

Esther Schließer: 18 Stimmen

Falk Bräcklein: 14 Stimmen

Enthaltungen: 5 Stimmen

Esther Schließer ist als neues Mitglied des SSR gewählt.

9. Sonstiges

Riccardo Altieri merkt an, dass die Kommission für Nachhaltigkeit gegründet wird, bei der 2 Studierende stimmberechtigt seien und ein drittes Anwesenheitsrecht habe.

Beim nächsten Konvent werden zudem VertreterInnen für die neue Kommission „Präsidialkommission für Qualität und Lehre“ gewählt.

Dominik Schenk erinnert an die Frist für die Abgabe der Listen für die Hochschulwahl.

Zudem gebe es am nächsten Samstag (20.4.) einen Nazi-Aufmarsch in Würzburg. Er wird noch Infos über eine Widerstandsaktion über den Konventsverteiler schicken.

Dominik Schenk stellt einen Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung.

Die Sitzung endet um 00:44 Uhr.